

Neuer Putsch in der Pfalz.

Gewaltaten in Ludwigshafen.

Schon seit einigen Tagen gingen Gerüchte um von einem bevorstehenden Putsch der Franzosen in Ludwigshafen. Donnerstag nacht um 12 Uhr versuchte eine Rote Anhänger von Haas, sich des Hauptpostamtes zu bemächtigen. Die Beamten ließen jedoch Widerstand und konnten das Gebäude behaupten. Freitag früh wurde sodann der Angriff mit verstärkten Kräften erneuert. Hierbei kam es zu Schießereien, auch Handgranaten sollen verwandt worden sein; bei diesen Kämpfen blieben der Oberpostverwalter und ein Unterbeamter tot am Platze, zwölf weitere Beamte wurden schwer verletzt. Dann besetzten die Franzosen das Gebäude und legten den Betrieb still. Auch Freitag früh wurden keine Beamten zur Arbeit zugelassen, die Postzustellung ruht, desgleichen der Telefonverkehr. Die Bankinstitute waren auf diesen Handstreich vorbereitet und hatten Verteidigungsmaßnahmen getroffen. Freitag vormittag erschienen Anschläge, in denen die Frei-Pfälzische Republik ausgerufen wird.

Die Anzettel für einen solchen Putsch können unmöglich den leitenden Stellen der französischen Besatzung entgangen sein. Man fragt sich daher mit Recht, ob nicht durch das Eingreifen der Besatzung der Putsch verhindert werden kann. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten sollen sich französische Soldaten unter den Auführern befunden haben. Sollte sich die Richtigkeit dieser Meinung bestätigen, so wäre ein scharfer Protest der Regierung bei den französischen Regierungstellen dringend geboten. Bei dieser Gelegenheit mag darauf hingewiesen werden, daß im besetzten Gebiet in der Hauptstadt dort Putschvorfälle stattgefunden sind, wo die Franzosen die Besatzungstruppen gestellt haben.

Politische Rundschau.

Berlin, den 29. August 1919

Der Führer der französischen Militärmmission in der Türkei und Generalinspekteur der türkischen Armee Generalfeldmarschall Leman von Sanders ist an einen englischen Dampfer von Malta in Venedig eingetroffen und hat die Weiterreise nach Deutschland angetreten.

Die deutschen Seeleute, die an der Versenkung der deutschen Flotte bei Scapa Flow mitarbeiteten, haben die englische Regierung gebeten, an jeder Strafe gleich teilnehmen zu dürfen, die Admiral v. Reuter wegen einer Handlungswaffe ausgerichtet werden möge.

Bei der Neuwahl des Magistrats in Kolberg wurden als unbesoldete Stadträte gewählt: 1 Deutschnationaler, 1 Deutsche Volkspartei, 3 Demokraten (darunter eine Dame), 3 Sozialdemokraten.

Der Preußische Staatshaushalt für 1918 schließt mit einem Überschuss von 17 Millionen Mark ab. Es ist möglich, darum sämtliche auf Anteilsmittel angewiesenen Leuerungszulagen des vorigen Jahres zu deduzieren.

In Süßenberg hat eine Betriebsräteversammlung die Vereinigung der drei sozialistischen Parteien mit Einfluß der Kommunisten beschlossen.

500 Millionen Dollars für den Wiederaufbau Deutschlands. Eine Kommission amerikanischer Bankiers, die von einer Reise nach Deutschland zurückkehrt ist, berichtet im "Wallstreet Journal", daß das durch den Krieg heimgesuchte Europa in den folgenden zwölf Monaten zwei Milliarden Dollars für seinen ökonomischen Wiederaufbau benötigt. Von diesem Vertrag soll Deutschland direkt 500 Millionen Dollars erhalten und so bald wie möglich unterstützt werden. Man erwartet größere Käufe von Marktwechseln durch Amerika, da es auch vor Amerikas Teilnahme am Kriege schon schwierig war, Geld nach Deutschland zu schicken.

Die amerikanische Besatzung für Oberschlesien. Die Ausführung der Friedensbedingungen sind 5000 amerikanische Soldaten aus den Vereinigten Staaten abgefahren, um sich über Koblenz nach Oberschlesien zu begeben. Ihre Ankunft im besetzten Gebiet wird in drei Wochen erwartet. Es sind das 5. und 50. Infanterieregiment, die zum Wachdienst in Oberschlesien bestimmt sind. In Koblenz werden sie ein oder zwei Monate bleiben und einen Teil der Rheingarnison bilden.

Gemeinsame deutsch-polnische Verwaltung in Oberschlesien. Nach dem "Kurier Warszawa" hat General Dupont den Gesandten v. Daniels und den Abgeordneten Korant zur gemeinsamen Beratung in der Angelegenheit der Lage Oberschlesiens eingeladen. Dabei habe General Dupont vorgeschlagen, Oberschlesien unter eine gemeinsame polnisch-deutsche Verwaltung zu stellen. — Die Warschauer "Rozna Reforma" meldet aus politischen Kreisen, daß die Besetzung Oberschlesiens durch Hallertruppen solange erfolgen werde, bis die Entente in Oberschlesien eingetroffen sind. Die Hallertruppen sollen dann vom Oberst Goodear befehligt werden. Die zur Zeit an der ober-schlesischen Grenze beobachtete große Umgruppierung von Hallertruppen hängt damit zusammen.

Ein polnisches Mandat. Die Oberschlesien befindende Entente-Kommission arbeitet nach einem festgelegten Plan, der in Gleiwitz eine seltsame Durchbrechung erfahren hat. Nach den mit der Kommission vereinbarten Beschlüssen hat diese das Recht, polnische Bezeugenvernehmungen ohne Mitwirkung deutscher Behörden zu veranstalten. Das Recht, polnische Verhassungen einzuberufen, konnte jedoch wieder ihr noch den Polen zugestanden werden. Nun war der Polenführer Korant von dem Reichs- und Staatskommissar Hörsing erfragt worden, polnische Zeugen zu benennen. Korant hat diesem Erfragen nicht stattgegeben. Dagegen veranlaßte ein Gleiwitzer Polenführer die Kommission, in dem polnischen Hauptquartier, der Bark Dubow, einer Besprechung beizutreten, zu der Polenführer aus verschiedenen Orten des Industriebezirks — natürlich durchweg geborene Polener — und Angehörige aller polnischen Bevölkerungsklassen zusammenberufen worden waren, die anscheinend als Beugen vernommen werden sollten. Über die Besprechungen, die nur von den zusammengezogenen Versammlungsteilnehmern stattfanden, ist nichts bekannt geworden. Deutsche Teilnehmer wur-

den von der Kommission nicht zugelassen, weder die die Kommission begleitenden deutschen Offiziere, noch der Gleiwitzer Oberbürgermeister Wlethe und der (mehrheitssozialistische) Abgeordnete zur Nationalversammlung des Bezirks Beder, die der Konferenz lediglich als Zuhörer bewohnen wollten, natürlich aber auch, um die dort vorgebrachten Anträge zu prüfen und so zur Ermittlung der Wahlheit beizutragen.

Polen braucht die deutschen Richter. Das Oberlandesgericht Marienwerder teilt seinen ihm unterstellten Beamten mit, daß Polen an Gerichtsbeamtsprivatum zwecks Übertritt in polnische Dienste herangetreten sei und von ihnen bindende Erklärungen gefordert hat. Das Oberlandesgericht warnt telegraphisch seine Beamten, derartige Verträge abzuschließen. Der Oberste Polnische Volksrat in Posen verbreitet die Nachricht, daß das polnische Gerichtsvesen in den bisher preußischen Gebieten durch galizische Juristen verwaltet werden solle. Diese Nachricht wird wenig geglaubt, sie soll wohl nur die Antwort auf die Erklärung der preußischen Richter sein, auf keinen Fall in polnische Dienste zu treten.

Die Wahlausichten der Sozialdemokratie. Was Paris wird dem "Hamburger Fremdenblatt" gemeldet: Einem Mitarbeiter des "Matin" gegenüber äußerte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung Loebe, er halte es für durchaus möglich, daß die sozialdemokratische Fraktion bei den nächsten Wahlen von ihren 149 Mitgliedern etwa 40 verlieren. Angedessen wäre eine Regierungsbildung aus Sozialdemokraten und Zentrum dann nicht mehr möglich. Die Demokraten, deren Austritt aus der Regierung wegen der Friedensfrage erfolgt sei, würden jedoch in diesem Falle sich wieder an der Regierung beteiligen.

Stilleitung Berliner Großbetriebe.

Die Stilleitung von Betrieben, die vor einigen Tagen noch als drohende Gefahr bezeichnet wurde, hat sich infolge des Kohlemangels bereits als notwendig erwiesen. Als erster Berliner Großbetrieb hat sich die bekannte Firma Ludwig & Söhne zur zeitweiligen Schließung gezwungen gesehen. Auch in anderen Großbetrieben, insbesondere bei den Städtischen Elektro-tätigkeiten, ist die Kohlemotmotiv derart grob geworden, daß von Tag zu Tag mit einer Katastrophe in der Licht- und Kraftversorgung gerechnet werden muß.

Ein neues Kabinett Friedrich in Ungarn.

Stefan Friedrich, der Ministerpräsident Erzherzog Josephs, hat seinen Willen durchgesetzt und die Kabinettbildung behalten. Das neue Kabinett setzt sich aus Vertretern der äußersten Rechten zusammen. Die bürgerlichen Demokraten und die Sozialdemokraten sind darin nicht vertreten. Es ist kaum anzunehmen, daß diesem Ministerium ein längeres Dasein beschrieben wird, als den Kabinetten, die sich in Budapest seit dem Sturz Bela Khuns gefolgt sind. Die Entente wird auch diesem Kabinett die Anerkennung voraussichtlich versagen.

Der Krieg gegen Russland beginnt.

Dem "Tempo" wird aus Helsingfors gemeldet, daß Kronstadt unter Feuer genommen worden ist und daß die Offensive gegen die Bolschewisten auf der Front in Karelien begonnen hat.

Die belgisch-holländische Spannung.

Der belgische Minister Seghers hat dem Bierzehrausschuß der Friedenskonferenz in Paris eine Denkschrift über die Scheldefrage unterbreitet, in der er u. a. auseinandersetzt, daß die Deutschen infolge der feindlichen Haltung Belgiens nicht mehr dasselbe Interesse an der Freiheit des Antwerpener Hafens haben, da dieser die Konkurrenz der bereits in Rotterdam bestehenden deutschen Schiffsahrtlinien und der Schiffsahrtlinien, die sich in Rotterdam niedergelassen haben, sein würde. Seghers verzagt daher, daß Belgien die Herrschaft über die Schelde bekommt, damit Deutschland Holland nicht verlassen könne, einen Sieg vor die belgischen Häfen zu schieben.

Rundschau im Auslande.

Sämtliche Wiener und niederösterreichischen Landesbeamten haben infolge der Richtauszahlung eines Anschaffungsbeitrages und einer Rotsandsbeihilfe die Arbeit niedergelegt.

Nach einer Erklärung Tittonis wird sich Italien nur mit einem einzigen Regiment an der Befreiung Dalmatiens und Oberschlesiens beteiligen.

Das französische Kriegsgericht verurteilte Darcet und Guaspere zum Tode, Kurz zu lebenslanger Zwangsarbeit, Frau Schock und Delardin zur Deportation in eine Festung. Die Verurteilten hatten einer Spionageorganisation in der Schweiz als Agenten angehört.

Die Vereinigung englischer Spielwarenhändler hat beschlossen, für die Dauer von 5 Jahren keine deutschen und österreichischen Spielwaren einzuführen.

An verschiedenen Plätzen der Vereinigten Staaten, vor allem im Staate North Carolina, kam es zu blutigen Streikungen.

Außer den Vereinigten Staaten hat nun auch Brasilien einschränkende Maßnahmen für die Einwanderung angeordnet. Den brasilianischen Konsuln sind diesbezügliche Anweisungen zugängig.

Frankreich: Die Friedensdebatte im Parlament.

Die Meldung der Pariser "Humanité", wonach die Kammer den Friedensvertrag mit Dreiviertelmehrheit bestätigt habe, steht wider. Es wurde eine Abstimmung zu einer unveränderten Annahme des Vertrages ist jedoch nicht zu zweideutig, obwohl der größte Teil der Abgeordneten den Vertrag nicht bestätigt hat. Jeder hat von einem Standpunkt aus etwas zu kritisieren gehabt. Dem z. B. Margaine ist die Oberste Verteilung der Alliierten im Augenblick des Waffenstillstandes nicht energisch genug vorgegangen. In diesem Augenblick der allgemeinen Demoralisation in Deutschland hätte die französische Regierung alles haben können, vollständige Demobilisierung und Entwaffnung Deutschlands. Stattdessen habe man aus furchter vor dem Bolschewismus Deutschland sein Heil geslassen, mit dem es sich reorganisiert habe. Im Spiegelsaal von Versailles ist die deutsche Einheit bestiegt worden. Der Protagonist Benoist ist in der Kom-

mission der Wortsührer der Hochschen Unionspolitik gewesen. Er vertritt diese Wünsche auch vor dem Plenum. Der Rhein ist die natürliche Grenze des Reichs. Die Feststellung Preußens auf dem linken Rheinufer ließ sich 1815 entschuldigen, aber nicht 1919. Rheinpreußen sei eine künstliche Schöpfung. Seine Einwohner seien weder Deutsche, noch Franzosen, sondern rheinische Kelten. Ein großer Fehler sei auch die Genehmigung der Abstimmung in Oberschlesien gewesen.

Italien: Eine Verständigung über Rumänien.

Nach einer Meldung des "Pressureau Radio" Italiens geneigt, in der Rumäniestrage einen Kompromißvorschlag anzunehmen. Danach soll die Stadt Rumänien an Italien fallen, der Freihafen Rumänien und Port Bartolomei sollen auf 99 Jahre vom Völkerbund verwaltet werden. Dieser Plan muß noch von Wilson genehmigt werden.

Bulgarien: Wahlsieg der Sozialdemokraten.

Der bulgarische Sozialistische "Dalya Herald" meldet, daß die Wahlen in Bulgarien einen großen Sieg der Sozialisten ergeben haben, wie er noch in keinem andern Lande Europas verzeichnet werden konnte. Die Kommunisten errangen statt der bisherigen 10 Sitze 47 und die amtierenden Sozialisten statt der bisherigen 59 Sitze 124. Während bisher die Hälfte des bulgarischen Parlaments in Händen der Militärpartei war, verfügt diese jetzt nur noch über einen einzigen Sitz.

Russland: Große Offensive der Bolschewisten.

Die Offensive der Bolschewisten auf Pskow (Westrussland) hat sich mit großer Heftigkeit und Schnelligkeit entwickelt. Nach starker Artillerievorbereitung waren die Bolschewisten vier Regimenter über den Weißfluss über Pskow. Die Bolschewisten haben, wie klar ersichtlich ist, die erwarteten Verstärkungen von der Rötschaffron erhält. Man schätzt die Zahl der bolschewistischen Truppen, die am Angriff auf Pskow beteiligt sind, auf mehr als 20 000. Die Stadt wurde nach heftiger Gegenwehr des nordwestrussischen Truppen von den Bolschewisten erobert. Die in Richtung Ostevo (östlich Pskow) kämpfenden Freien wurden von überlegenen Bolschewistenstücken aus Jelgava zurückgeschlagen. Die Verbindung zwischen den Freien und den bei Pskow stehenden Truppen des russischen Nordkorps ist unterbrochen.

Öhne: Keine Auslieferung der deutschen Schiffe.

Der östländische Appellationshof hat sich nicht für die Auslieferung der deutschen Schiffe ein Urteil zu fällen. Es werden kleinere Anstalten getroffen, um die große Zahl deutscher Dampfer, die mit deutscher Besatzung an Bord und unter deutscher Flagge in den östlichen Gewässern liegen, den Alliierten auszuliefern. Als Grund hierfür wird angegeben, daß das Eigentumsrecht unveräußerlich ist und daß eine Musterung dieser Schiffe unmöglich ist, bevor Amira für den Friedensvertrag ratifiziert hat. — Die östländische Regierung hat die internierten Mannschaften des deutschen Kriegsschiffes "Dresden" und des deutschen Segels "Seeadler" in Freiheit gesetzt.

Aus Stadt und Land.

Landarbeiteraufstand in Westpreußen. Auf dem ehemaligen Kaiserl. Gute Schwirren bei Kulinsee brach ein Streik der gesamten Arbeiterschaft aus. Der Grund dazu ist in der Verhaftung eines polnischen Arbeiters zu suchen, die durch Angehörige des Jägerbataillons Nr. 37 vorgenommen wurde, weil er den Sohn des Gutverwalters gemäßhandelt hatte. Die Streikenden drohten, jeden Arbeitswilligen fortzuschlagen. Das Gut ist militärisch besetzt worden.

Große Explosion in Harburg. Aus bisher noch nicht ermittelter Ursache explodierte auf den Vereinten Ölsfabriken in Harburg ein Behälter, die 100 Tonnen Benzol enthielten. Mehrere Gebäude wurden zerstört, auch gerieten die Oelsorrate und die Rohstoffe in Brand. Da sich das Unglück während der Arbeitszeit ereignete, sind eine Reihe von Todesfällen zu beklagen. Bis Donnerstag vormittag konnten fünf Leichen geborgen werden, weitere sollen sich noch unter den Trümmern befinden.

Eisenbahnmüll in Bayern. Auf der Eisenbahnstrecke Heigenbrück-Lausach bei Aschaffenburg lösten sich die leichten Teile eines Güterzuges und subten mit großer Wucht auf die vorderen Wagen auf. Zwei Personen wurden getötet; der angerichtete Sachschaden wird als sehr groß bezeichnet.

Zusammenstoß im Elsaß. Die französische Presse meldet von fortgesetzten Zusammenstößen zwischen französischen Soldaten und deutsch sprechenden Einwohnern im Elsaß. Sie werden von den Soldaten mißhandelt, so daß der Kommandant von Colmar sich gestört sah, die strengsten Strafen anzuordnen, wenn derartige Vorfälle sich wiederholen sollten.

Britische Offiziere als Handelsagenten. Die englischen Blätter bringen eine Neuermeldung aus Köln, wonach zur Unterstützung von britischen Firmen, die auf den deutschen Märkten Fuß fassen wollen, britische Verbindungsagenten, die den Wirtschaftsstellen in der von den Alliierten besetzten Zone angegliedert sind, nach Krefeld, Koblenz, Mainz, Ludwigshafen und Aachen gesandt worden sind, um als britische Handelsagenten zwecks Auskunft und Unterstützung in Handelsfragen zur Verfügung zu stehen.

Keine Nachrichten.

Der Reichsministerpräsident Bauer hat an die Witwe des Abgeordneten Friedrich Naumann ein Beileidsgramm gerichtet.

Von den Antiken der Madenzen-Armee sind abermals 1300 Mann in Wien angelkommen.

Bei Bildung im Regierungsbezirk Marienwerder fürzte ein in Stolp zu einem Überlandflug aufgestiegenes Flugzeug ab. Beide Insassen, zwei Offiziere, sind dabei tödlich verunglückt.

Beim Abtragen eines Dämonenhausens in Quedlinburg wurden 34 650 Mark in Wertpapieren gefunden, die aus dem Kaschtdiebstahl von rund 480 000 Mark in deutschen und russischen Banknoten und Wertpapieren im dortigen Kriegsgefangenenlager herkamen.

Sport und Verkehr.

Amerikanischer Flug über den Stillen Ozean. Der amerikanische Oberst Read bereitete einen Flug über den Stillen Ozean vor. Es wurde ein Preis von 50 000 Dollar ausgezahlt, der dem ersten Flieger, der den Stillen Ozean überquert, zufallen soll. Oberst Read ist der Kommandant des amerikanischen Flugbootes "N C 4", das im Mai als erstes Flugzeug den Atlantischen Ozean auf dem Wege über die Ägo-